



# DIE STADTGESTALTER

politisch aber **parteilos**

## AUSGANGSSITUATION

Es tut weh die **heruntergekommenen Straßen, Gebäude und Brücken** in Bochum und Wattenscheid zu sehen. **Stadtteilzentren veröden** (u.a. Gerthe, Riemke, Hamme, Wattenscheid, Werne) in anderen wollen die Menschen aufgrund des Lärms nicht mehr wohnen (z.B. Kornharpen). 40 Jahre beständigen Niedergangs sieht man Bochum und Wattenscheid leider fast überall an. Das Geld fehlt an allen Ecken. Auf vielen Grünflächen, Bürgersteigen, Straßenbäumen und in den Beeten wuchert ungehemmt das Unkraut. In Schulen reicht es vielfach nicht mal mehr für moderne, saubere Toiletten.

Die Folge, viele Menschen verließen die Stadt: **Die Einwohnerzahl sank dramatisch** und beständig: 43.000 weniger Einwohner in den letzten 45 Jahren. Die Sozialstruktur gerät aus den Fugen, alte und sozial benachteiligte Menschen bleiben, junge Menschen und einkommensstärkere Familien, die es sich leisten können, verließen die Stadt bzw. ziehen nicht her.

Die **Finanzen der Stadt wurden über vier Jahrzehnte rücksichtslos heruntergewirtschaftet**. Auch weiterhin werden jedes Jahr von der Politik immer neue Schulden gemacht (2012-2014: 90 bis 150 Mio. Euro/ Jahr). Die Politik war über 40 Jahre weder Willens noch in der Lage die städtischen Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu halten. **1,8 Mrd. Schulden plus mindestens die gleiche Summe an Sanierungsstau** bei städtischen Straßen, Gebäuden, Brücken, U-Bahn-Stationen u.a. ersticken jede Handlungsfähigkeit.

Überall musste hart gespart werden, bei Schulen, Schwimmbädern, Büchereien u.v.m. Trotzdem machte die Politik lange immer neue Schulden auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Um den allgegenwärtigen Niedergang zu kaschieren, investiert die Politik gleichzeitig sinnlos.

Millionen gingen in Prestigeprojekte wie das „Musikzentrum“, man gönnte sich Promi-Sausen wie Atrium-Talk und Steiger-Award. **In der Politik ersetzt der Schein oft das Sein.**

Auf die **massenhaften Arbeitsplatzverluste insbesondere bei Opel, Outokumpu und Blackberry** wusste die Politik lange keine adäquate Antwort. Es wurde versäumt den Strukturwandel aktiv mitzugestalten. Die Wirtschaftsförderung war schlecht aufgestellt. Es gelang nicht Unternehmen in Bochum anzusiedeln, entsprechend stehen viele Gewerbe- und Büroflächen (Westpark, Exzenterhaus, Jahrhunderthaus u.a.) seit Jahren leer.

**Über 40 Jahre politische Fehlentscheidungen haben die Stadt finanziell ruiniert.** Regelmäßig verschlangen die städtischen Investitionsprojekte Unsummen mehr als veranschlagt, zuletzt beim Platz des europäischen Versprechens, dem Parkhaus Jahrhunderthalle, dem Westkreuz oder dem Sprungturm Wattenscheid. Es wurden immer neue Projekte realisiert, z.B. Gebäude, Straßen und U-Bahnhöfe gebaut, ohne dass die Stadt je darüber nachgedacht hat, wo die Mittel herkommen sollten, um diese dauerhaft unterhalten und erhalten zu können. Dementsprechend werden jetzt Gebäude und Brücken stillgelegt oder verfallen, weil sich die Stadt deren Betrieb nicht mehr leisten kann (z.B. Nordbad, Amtshaus Harpen). Die Politik hat über Jahrzehnte den Bürgern Beteiligung an politischen Fragen verweigert und stattdessen gegen den Willen der Bürger verhängnisvolle und kostspielige Fehlentscheidungen durchgesetzt: z.B. Zusammenschluss mit Wattenscheid, Cross-Border-Leasing, Musikzentrum oder Stadtbadgalerie.

**Der Zusammenschluss von Bochum und Wattenscheid ist missglückt.**

Wattenscheid hat seit der Zeit der Eingemeindung einen beispiellosen Niedergang erlebt. Die Bevölkerung identifiziert sich auch nach fast 40 Jahren mit Bochum nicht. Eine Kommune, in der 10tausende Bürger leben, die mit der Stadt nichts zu tun haben wollen, weil sie sich und ihre Interessen missachtet fühlen, fehlt jedoch auf Dauer die Basis für eine positive Stadtentwicklung.

Die etablierte Politik in Bochum fand keine Lösungen. Die Bilanz nach 40 Jahren ist verheerend. Es wurde eine beispiellose Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die Überschuldung stieg ins Uferlose, die öffentlichen Straßen, Gebäude verfallen unaufhaltsam, Menschen verlassen die Stadt und ziehen weg. Die Politik schaute hilf- und konzeptionslos zu und versucht sich allenfalls in inhaltsleeren Phrasen. Es fehlte eine Strategie wie die dramatische Entwicklung aufgehalten werden kann.

**So durfte es nicht weiter gehen.** Uns Bürgern von Bochum und Wattenscheid ist es nicht egal, was in unserer Stadt passiert. Wir wollen, dass es wieder aufwärts geht. Deshalb sitzen die STADTGESTALTER seit 2014 im Rat der Stadt und bringen dort Ihre Ideen und Vorschläge ein.

## ZIELE

- ✓ Wir wollen dazu beitragen, dass **Bochum und Wattenscheid sich wieder zu prosperierenden Städten mit besonderer Lebensqualität entwickeln.**
- ✓ Wir wollen in Bochum und Wattenscheid den **Politikstil verändern.**

Zu diesem Zweck haben sich die STADTGESTALTER 2014 gegründet. Um **parteiunabhängige Kandidaten für den Rat und die Bezirksvertretungen für die Kommunalwahlen aufstellen zu können.**

Die Kandidaten sollen unabhängig und parteilos sein. Den STADTGESTALTERn ist jede Ideologie fremd. Mitglieder und Unterstützer sollen sich allein dem Wohl von Bochum und Wattenscheid verpflichtet fühlen.

Wir laden alle Bochumer und Wattenscheider ein, sich mit uns für unsere Stadt zu engagieren.

Angestrebt ist, bei **den Kommunalwahlen ein starkes Mandat zu erreichen**, um zukünftig bei politischen Entscheidungen in der Stadt noch ein deutlich gewichtigeres Wort mitzureden.

Uns geht es nicht um Personen, sondern um Inhalte und Lösungskompetenz. Gleichwohl ist es unser Ziel, **für die STADTGESTALTER noch mehr Menschen mit hoher Fachkompetenz zu gewinnen.**

Auch erscheint es uns wichtig, dass **mehr junge Menschen in der Politik ihre Stimme erheben** und wollen uns dafür einsetzen, dass auch diese Generation im Rat und in den Bezirksvertretungen Gewicht bekommt.

Wir sind davon überzeugt, dass sich bürgerschaftliches Engagement für unsere Stadt lohnt und engagieren uns selbst entsprechend. Wir möchten die Bürger anregen, sich den verschiedenen Initiativen in unserer Stadt anzuschließen oder selbst initiativ zu werden.

Die STADTGESTALTER verstehen sich als **Gegenentwurf zum lange üblichen Parteienverhalten in Bochum.** Es werden Eigeninteressen verfolgt und auch heute noch Jobs in der Verwaltung nach Parteibuch vergeben. Die Politik ist scheinbar nicht an einer echten Wahrung und Umsetzung von Bürgerinteressen interessiert.

Die Kandidaten der STADTGESTALTER sollen in den politischen Gremien unabhängig entscheiden. Jeder Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen\*

stehen sie inhaltsbezogen offen gegenüber, soweit dies für das Wohl von Bochum und Wattenscheid förderlich ist.

Wir wollen gelebtes bürgerschaftliches Engagement mit Lösungskompetenz vereinen und diesem zu kommunalpolitisch Erfolg verhelfen.

Wir setzen uns ein für eine **bürgernahe und transparente Politik**. Wir wollen den Bürger Mut machen sich für die Belange unserer Stadt zu engagieren.

\* Ausnahme: populistische und radikale Parteien

## UNSERE STADT WIRD DIE STADT DER BILDUNG

Angangspunkt aller Maßnahmen unseres Programms stellt eine **beispiellose Bildungsoffensive** dar. Das Bochum der Zukunft stellen wir uns als die Stadt der Bildung vor. Bochum soll langfristig die Stadt werden, deren Namen in Deutschland synonym für Bildung steht.

Bochum beherbergt die 6. größte Universität Deutschlands und 6 weitere private und staatliche Hochschulen. **Absolute Priorität soll in Bochum zukünftig die Bildung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen** haben. Dazu soll sich die Stadt hohe Ziele setzen:

- ▶ Kein Kind in Bochum soll mehr die Grundschule verlassen ohne Qualifikation für die Realschule.
- ▶ Der Schuletat soll mindestens verdoppelt werden.
- ▶ Die angestrebte Klassengröße soll in der Grundschule künftig bei 15 Kindern liegen.
- ▶ Um Geld von der Verwaltung in die Bildung umzuleiten, soll die Schulverwaltung grundlegend reformiert werden.

Die Sozialausgaben der Stadt wachsen heute um 3 bis 5 Mio. Euro jedes Jahr. Fast die Hälfte der Ausgaben der Stadt werden für Transferleistungen bereitgestellt. Der wesentliche Teil dieser Ausgaben wird für Menschen aufgebracht, die aufgrund eines ungenügenden Bildungsabschlusses keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit finden können.\*

Gleichzeitig beklagen Unternehmen in der Stadt einen Mangel an fachlich qualifizierten Schülern für ihre Ausbildungsstellen und steht einer Ansiedlung von Unternehmen in Bochum vielfach entgegen, dass die Stadt nicht über genug gut und hoch qualifizierte Arbeitskräfte verfügt.

Dieser Entwicklung kann nur durch eine Bildungsoffensive wirksam entgegen gewirkt werden.

Was wir anstreben, ist anderswo in Europa schon lange Realität: Finnland hat die besten Universitäten der Welt. Über 90%(!) aller finnischen Schüler machen Abitur. Das sollte auch bei uns möglich sein. Die Stadt muss dazu ihren wichtigen Beitrag leisten.

### **Verdoppelung des Schuletats**

Für eine Verdoppelung des Schuletats sind **zusätzliche Ausgaben in Höhe von rund 60 Mio.** erforderlich. Diese Investition ist erforderlich, um die größtenteils

baufälligen Schulgebäude zu sanieren und erstklassig auszustatten. Auch müssen Schulgebäude reaktiviert werden, um die Klassengrößen zu verkleinern, damit z.B. in den Grundschulen die angestrebte Klassengröße von 15 Kindern pro Klasse erreicht werden kann.

Nach 15 Jahren sollte der Sozialetat aufgrund der Bildungsoffensive mindestens um den jährlich zusätzlich investierten Betrag gesunken sein.

In 15 Jahren verlassen in Bochum kaum mehr Jugendliche die Schule ohne mindestens Realschulabschluss. Fast alle werden nach der Schule eine qualifizierte Ausbildung mit guten Berufschancen absolvieren oder studieren. Somit wird es auf Dauer immer weniger Menschen in Bochum geben, die von Sozialtransfers leben müssen.

Aktuell liegt die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluss in Bochum bei nur 11%, in München, Hamburg oder Düsseldorf bei über 20%, in Schweden bei 40%, in Kanada sogar bei 60%.

### **Umleitung der Gelder für die Schulverwaltung in die Schulen**

Die Schulen brauchen mehr, **besonders pädagogisches Personal, in den Schulen**. Die Schulverwaltung ist dagegen überdimensioniert. Die Schulen sollen mehr Eigenverantwortung erhalten und so ausgestattet werden, dass sie sich eigenständig organisieren können. Dazu gehört auch, dass die Lehrkräfte von organisatorischen Tätigkeiten entlastet werden und diese an "Schulmanager" abgeben können, die für eine oder mehrere Schulen die organisatorischen Aufgaben in den Schulen vor Ort übernehmen.

### **Effekte der Bildungsoffensive**

Durch die geplante durchgreifende Umorganisation des Schulwesens sollte es möglich sein die Zahl der Hochschulabsolventen, die in Bochum leben, in 20 Jahren mindestens zu verdoppeln.

Der hohe Bildungsgrad der in Bochum lebenden Schulabsolventen wird darüber hinaus Unternehmen in die Stadt ziehen, die bisher die von ihnen benötigten qualifizierten Beschäftigten in Bochum nicht finden und aus diesem Grund nicht nach Bochum kommen.

Bochum schafft sich durch die Bildungsoffensive und des daraus resultierenden exzellenten Bildungsniveaus seiner Bewohner einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber allen anderen Städten.

Bochum wird hoch attraktiv für Unternehmen und Menschen, die großen Wert auf eine gute Bildung für ihre Kinder legen. Die Zahl der Beschäftigten nimmt zu,

ebenso wie die Zahl der Gewerbesteuerzahler und der Einkommensteuer zahlenden Bewohner. Diese Entwicklung hat wiederum zur Folge, dass die Einnahmen der Stadt dauerhaft deutlich steigen.

Weiterhin wird durch kleine Klassen und entsprechend intensive Lehrer-Schülerbeziehungen, die Integration der Schüler aus Migrationsfamilien gefördert. Bereits heute kommen in Bochum etwa 25% der Grundschüler aus Migrationsfamilien. In einigen Grundschulen sind es 60% und mehr. Die frühzeitige Integration der Kinder ist also eine der wichtigsten Aufgabe unseres Schulwesens.

Indem das Bildungsniveau der Bewohner auf ein Niveau steigt, das in Deutschland seines Gleichen sucht, wandelt sich auch das Image der Stadt. Die Stadt, die sich über Jahre leider nur als Pleitestadt einen Namen gemacht hat, in der die Stadtoberen das Geld bei PromiSausen und Fehlinvestitionen verzockt haben, kann einen grundlegenden Imagewandel zur grundsoliden Bildungsstadt vollziehen.

- ✓ Höheres Bildungsniveau
- ✓ Mehr Unternehmensansiedlungen
- ✓ Mehr Menschen finden Arbeit
- ✓ Sinkende Sozialausgaben
- ✓ Mehr Arbeitsplätze für gut und hoch qualifizierte Bürger
- ✓ Höhere Einkommen
- ✓ Zunahme der Bevölkerung
- ✓ Mehr Zuwendungen vom Land
- ✓ Mehr Menschen zahlen Steuern und geben ihr Geld in der Stadt aus
- ✓ Die Integration der Kinder aus Migrationsfamilien gelingt deutlich besser
- ✓ Besseres Image der Stadt
- ✓ Einnahmen der Stadt steigen

\* In Bochum besitzt fast ein Viertel der Langzeitarbeitslosen keinen Schulabschluss und 37 % einen Hauptschulabschluss, fast 70% haben keinen Berufsabschluss.



## UNSERE STADT WIRD SCHULDENFREI

Der Wandel zur Bildungsstadt ist die Voraussetzung für eine dauerhafte finanzielle Gesundheit der Stadt. Unser Ziel: **In 20-30 Jahren soll Bochum schuldenfrei sein.** Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.

- ▶ Bochum soll in 20-30 Jahren schuldenfrei sein.
- ▶ Die Stadt setzt sich für eine mindestens teilweise Übernahme der Schulden von Land und Bund ein.
- ▶ Systematische Untersuchung aller Ausgabepositionen auf Einsparpotentiale.
- ▶ Im Jahr sollen 75 Mio. € Schulden abgebaut und 75 Mio. € in den Abbau des Sanierungsstaus investiert werden.
- ▶ Einsparungen sollen u.a. erreicht werden, indem Aufgaben von Bürgern übernommen werden.
- ▶ Beendigung der städtischen Finanz- und Investmentspekulationen.
- ▶ Die Bürger entscheiden über den Weg zur schuldenfreien Stadt.

Dazu bedarf es einschneidender Maßnahmen. Die städtischen Ausgaben müssen dauerhaft deutlich gesenkt, die Einnahmen erhöht werden. Der Bildungsschub bei der Bevölkerung wird zwar nach 15 Jahren einen deutlichen Rückgang der Sozialausgaben und einen Anstieg der Einnahmen durch Unternehmen und Beschäftigte zur Folge haben. Diese Wirkung wird aber nicht kurz- sondern erst mittel- bis langfristig voll wirksam werden.

### **Systematische Untersuchung aller Ausgabepositionen auf Einsparpotentiale**

Um die bestehenden Schulden abbauen zu können, müssen **alle Ausgabepositionen der Stadt systematisch auf den Prüfstand**. Es ist zu untersuchen, auf welche städtischen Leistungen die Bürger in der Stadt kurzfristig verzichten können und wollen, welche Aufgaben die Bürger selbst übernehmen können und welche Aufgaben kostengünstiger organisiert werden können. Bis die Schuldenfreiheit erreicht ist, müssen die städtischen Ausgaben auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden. Denn erst wenn die Schuldenfreiheit erreicht ist, können die Ausgaben wieder auf das gestiegene Einnahmenniveau angepasst werden.

Ziel soll es sein 1,8 Mrd. Schulden und 1,8 Mrd. Sanierungsstau über einen Zeitraum von 20-30 Jahren abzubauen. Dies bedeutet, die Einnahmen müssen über 20 Jahre 150 Mio. Euro über den Ausgaben liegen. So sollen im Jahr 75 Mio. Euro Schulden abgebaut und 75 Mio. Euro investiert werden, um den

Sanierungsstau dauerhaft zu beseitigen. Gesparte Zinsauwendungen sollen ebenfalls in die städtische Infrastruktur investiert werden, da der Sanierungsstau in der Investitionsperiode von 20-30 Jahren zunächst weiter zu nehmen wird.

### **Wiederaufbau und Investitionen in die Zukunft**

**Die Investition von zusätzlichen 75 Mio. Euro pro Jahr in die städtische Infrastruktur** (Straßen, Gebäude Brücken usw.) bedeutet einen riesigen Schub für die lokale Bauwirtschaft. Nach 20-30 Jahren präsentiert sich die Stadt endlich wieder mit Straßen, Gebäuden, Parks und Brücken in bestem Erhaltungszustand.

### **Schmerzhaftes Einschnitte bei städtischen Ausgaben**

Nicht verschwiegen werden darf, dass Wattenscheid und Bochum im Rahmen der systematischen Ausgabenreduzierung auch seine Infrastruktur insbesondere bezogen auf städtische Gebäude zunächst auf das absolut Notwendige reduzieren muss. Aufgrund des Überschuldungsdesasters kann sich die Stadt den Erhalt und Unterhalt der Infrastruktur in dem bisherigen Umfang über einen Zeitraum von weiteren 20 Jahren nicht mehr leisten. Die Ausgaben der Stadt für Erhalt und Unterhalt der verbleibenden Infrastruktur müssen dauerhaft so erhöht werden, dass es zukünftig nicht mehr zu einem Sanierungsstau kommt.

Weiterhin müssen die Einnahmen diese Ausgaben zukünftig vollständig decken. Die systematische und ruinöse Unterfinanzierung der jetzigen Politik bei der Instandhaltung wird damit beendet.

### **Beendigung der städtischen Finanz- und Investmentspekulationen**

Um nicht sparen zu müssen, hat die Lokalpolitik versucht mit Spekulationsgeschäften Gewinne zu erwirtschaften, die die fehlenden Einnahmen ausgleichen sollten. Derartige Geschäfte wurden in der Regel über die städtischen Unternehmen abgewickelt. Statt dem gewünschten Erfolg hat sich die Stadt wie im Falle der Investitionen in die Kohlekraftwerke Lünen und Hamm-Uentrop sowie der STEAG-Beteiligungen jedoch erhebliche Risiken eingekauft. Der städtische Haushalt droht aufgrund dieser Transaktionen erneut in die Überschuldung zu rutschen. Nicht nur bleiben die kalkulierten Gewinne aus, sondern es sind auch Verluste in Millionenhöhe zu befürchten. Daher wird ein schnellst möglicher Ausstieg aus derartigen Geschäften angestrebt, um die Risiken und Verluste für die Stadt in Zukunft zu minimieren.

## **Die Bürger entscheiden über den Weg zur schuldenfreien Stadt**

Damit die mit der Entschuldung der Stadt verbundenen Einschnitte von einer breiten Basis in der Bürgerschaft mitgetragen werden, soll die Politik mehrere Wege erarbeiten, wie die erforderlichen Einsparungen erreicht werden können. Die Wege unterscheiden sich darin, welche Einsparmaßnahmen umgesetzt werden sollen, wie weit die Einsparungen in den einzelnen Bereichen gehen sollen und mit welcher Geschwindigkeit die Ausgabenreduzierungen umgesetzt werden sollen.

Die unterschiedlichen Wege werden den Bürgern dann zur Abstimmung gestellt. Die Bürger sollen letztlich bestimmen, auf welchem Weg die Schuldenfreiheit erreicht werden soll.

- ✓ Finanzielles Schuldenerbe bleibt Kindern und Enkelkindern erspart
- ✓ 45 Mio. weniger Ausgaben wegen fehlender Zinslast
- ✓ Volle Wiederherstellung der städtischen Handlungsfähigkeit
- ✓ Sanierung der städtischen Infrastruktur
- ✓ Auflösung des Sanierungsstaus
- ✓ Verbesserung des Stadtbildes
- ✓ Investitionsprogramm fördert Beschäftigung
- ✓ Dauerhaft finanziell gesunde Stadt

## IN UNSERER STADT ENTSTEHT EIN NEUES MITEINANDER

Damit die städtische Infrastruktur über den Zeitraum der Entschuldung auf einem vertretbaren Mindestmaß gehalten werden kann, **müssen die Bürger städtische Aufgaben übernehmen** (beim Betrieb von Schwimmbädern, bei Umgestaltungsmaßnahmen in Parks u.a.).

Wie bereits dargestellt, müssen die Bürger die einschneidenden Maßnahmen tragen, die den städtischen Haushalt ins Gleichgewicht bringen und letztlich die Schuldenfreiheit zur Folge haben sollen. Dies erfordert **echte Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung**.

- ▶ Zwischen Bürgern und Politik entsteht ein neues Miteinander.
- ▶ Wir Bürger entscheiden bei wichtigen politischen Themen mit.
- ▶ Die politischen Gremien entscheiden, die Verwaltung arbeitet ihnen zu.
- ▶ Positionen in der Verwaltung und bei den städtischen Betrieben werden nach Kompetenz besetzt.
- ▶ Konzepte und Ideen ersinnt die Politik.
- ▶ Bei politischen Entscheidungen besteht immer die Wahl zwischen verschiedenen Handlungsalternativen.
- ▶ Politische Entscheidungen erfolgen transparent und nachvollziehbar.
- ▶ Die örtlichen Medien berichten umfangreich, unabhängig und kritisch.

Nicht nur sollen die Bürger entscheiden, welchen Weg zur Entschuldung die Stadt gehen soll, sondern sie sollen bereits bei der Entwicklung dieser Wege intensiv beteiligt werden.

### **Zwischen Bürgern und Politik entsteht ein neues Miteinander**

Wie auch bezüglich des Weges für die Entschuldung der Stadt sollen über umstrittene Themen letztlich grundsätzlich die Bürger entscheiden, nicht die Politik allein. 4 Mal im Jahr sollen die Bürger die Möglichkeit bekommen, über kommunale Fragen abzustimmen, die ihnen der Rat zur Abstimmung stellt oder die die Bürger mittels Begehren selbst zur Abstimmung stellen. Damit entsteht ein neues Miteinander zwischen Bürgern und Politik. Diese Entwicklung bedeutet eine grundlegende **Änderung des Politikstils** in Bochum.

### **Die politischen Gremien entscheiden, die Verwaltung arbeitet ihnen zu**

Insbesondere **der Rat erlangt eine neue Bedeutung in der Stadtpolitik**. Er ist nicht mehr länger das Gremium, was alle Vorschläge der Verwaltung abnickt, sondern der Rat ist das Gremium, was die Konzepte zur Stadtentwicklung selbst ersinnt und in den politischen Gremien und mit den Bürgern diskutiert und

anschließend zur Abstimmung stellt. Um den Aufgaben gerecht zu werden, ist es sinnvoll, dass der Rat mehr als 8-9 mal pro Jahr wie bisher tagt. Damit der Rat sich mit allen anstehenden Themen ausführlich beschäftigen und diese diskutieren kann, sollen im Monat 2 Ratssitzungen stattfinden.

### **Positionen in der Verwaltung und bei den städtischen Betrieben werden nach Kompetenz besetzt**

Immer noch werden wichtige Positionen in der städtischen Verwaltung, insbesondere Dezernenten und Amtsleiter, sowie die Vorstände und Geschäftsführungen der städtischen Unternehmen nach Parteibuch besetzt. Kompetenz ist erst in zweiter Linie wichtig.

Die Folge ist Filz und Klüngel. Wichtige Entscheidungen werden in Hinterzimmern getroffen (wie z.B. Musikzentrum, Schulschließungen oder Stadtbad) und nicht von den Bürgern. Die politischen Gremien der Stadt nicken diese Entscheidungen dann allenfalls ab. Zukünftig sollen daher alle wichtige Positionen in der Stadt allein nach vorliegender Kompetenz unabhängig von einer Parteizugehörigkeit besetzt werden.

### **Konzepte und Ideen ersinnt die Politik**

Die Verwaltung beschränkt sich darauf, der Politik zuzuarbeiten, diese zu informieren und sie mit Daten und Vorschlägen zu versorgen. Die Politik entwickelt eigene Vorschläge, über die entschieden werden soll und stellt diese zur öffentlichen Diskussion.

Bei politischen Entscheidungen bestehen immer mehrere Handlungsalternativen. Für eine sinnvolle und kluge Entscheidung macht es auch in der städtischen Politik fast immer Sinn zwischen mehreren Handlungsalternativen zu wählen bzw. zu entscheiden. Die Politik wird ihrer Aufgabe nicht ansatzweise gerecht, wenn sie wie bisher nur die Beschlussvorlagen abnickt, die ihr die Verwaltung ohne jede Alternative vorlegt und an deren Entwicklung die Politik regelmäßig nicht mitgewirkt hat. Bei einer sinnvollen Entscheidungsfindung entscheiden Rat bzw. Bürger immer zwischen mehreren Alternativen. So können im Rahmen der Diskussion über die richtige Entscheidung aus den vorliegenden Handlungsalternativen auch Kompromissvorschläge entwickelt werden.

### **Politische Entscheidungen erfolgen transparent und nachvollziehbar**

Damit Rat und Bürger sinnvolle Entscheidungen treffen können, müssen die Themen, über die entschieden werden soll, frühzeitig offen gelegt werden. Alle Gremien und die Bürger müssen über die Problemlage und die zu Abstimmung vorgesehenen Handlungsalternativen informiert werden. Die Stadt muss Plattformen betreiben, auf denen die Themen diskutiert werden können und wo

für bestimmte Handlungsalternativen zunächst unverbindlich abgestimmt werden kann. Auf diese Weise erhalten Politik und Bürger Meinungsbilder auf denen sie ihre Entscheidungen aufbauen können. Transparenz sowie frühzeitige und vollständige Information ist letztlich die Grundlage für eine gute Entscheidungsfindung.

### **Die örtlichen Medien berichten umfangreich, unabhängig und kritisch**

Eine weitere Grundvoraussetzung für eine breite und fundierte Meinungsbildung in der Stadtbevölkerung wie im Rat sind Medien, die die Politik kritisch begleiten und umfangreich und unabhängig berichten. Insbesondere auch aufgrund fehlender Kompetenzen im Hinblick auf wirtschaftliche, juristische oder andere Zusammenhänge berichtete die Presse trotz der desaströsen Gesamtlage der Stadt in der Vergangenheit immer wieder beschönigend über die Zustände und Entwicklungen in der Stadt. Teilweise informierte sie die Bürger vermeintlich neutral, indem sie Pressemeldungen unreflektiert wiedergab. Bestimmte politische Themen werden gar nicht behandelt oder allenfalls wertungslos oberflächlich angerissen. Zwar werden Themen immer wieder zwangsweise Personen zugeordnet, Verantwortliche für die verheerende Politik der letzten 40 Jahre werden allerdings so gut wie nie benannt.

Diese im Ergebnis häufig unkritische Begleitung der Stadtpolitik und die fehlende Zuweisung der Verantwortung für die eingetretene bedrohliche finanzielle Lage der Stadt, ist letztlich mit dafür verantwortlich, dass der Politik nicht Einhalt geboten wurde, die in die zu beobachtende Abwärtsspirale geführt hat. Das Versagen der Handelnden wurde immer wieder schön geredet oder nicht kritisch mit der erforderlichen Deutlichkeit hinterfragt.

Das Vertrauen zu den bestehenden örtlichen Medien ist aufgrund dieser Entwicklung beschädigt. Der lokalen Medienlandschaft fehlt die Vielfalt. Die Stadt sollte den Aufbau von kritischen Medien fördern, die politisch wie finanziell unabhängig, kompetent, kritisch sowie umfangreich über die lokale Politik berichten.

Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung funktioniert umso besser je umfangreicher und kompetenter über die Themen der Lokalpolitik von unabhängiger Seite berichtet wird.

- ✓ Größere Akzeptanz der Politik bei den Bürgern
- ✓ Politische Entscheidungen werden von breiterer Basis in der Bevölkerung getragen
- ✓ Entscheidungsbasis ist größer, es werden mehr Entscheidungsalternativen diskutiert
- ✓ Politische Themen werden breiter und kontroverser diskutiert
- ✓ Mehr Kompetenz in der Leitung der Verwaltung und der städtischen Unternehmen
- ✓ Bessere politische Entscheidungen
- ✓ Bürger fühlen sich für ihre Stadt, ihr Stadtviertel und ihre Straße mehr mitverantwortlich

## UNSERE STADT WIRD DAS HERZ DER METROPOLE RUHR

Zur Senkung der städtischen Ausgaben wird eine **intensive Koordination und Zusammenfassung der städtischen Aufgaben, Ämter und Betriebe mit anderen Städten der Metropole Ruhr angestrebt** werden.

Dazu zählt besonders die Verschmelzung der städtischen Betriebe für Verkehr, Versorgung und Entsorgung im Ruhrgebiet, die Aufgabenteilung bei der Erfüllung der Verwaltungstätigkeiten sowie die ruhrgebietsweite Koordination und Verwaltung der Kulturlandschaft.

- ▶ Die städtischen Betriebe sollen intelligent mit denen aus anderen Städten im
- ▶ Ruhrgebiet verschmolzen werden.
- ▶ Dienstleistungen der städtischen Verwaltung sollen an zentraler Stelle für mehrere Kommunen des Ruhrgebietes zusammengefasst werden.
- ▶ Die Betätigungsfelder der städtischen Betriebe liegen in Bochum und dem Ruhrgebiet.
- ▶ Die städtischen Betriebe und Einrichtung sollen der vollständigen Kontrolle und Mitbestimmung der Bürger und politischen Gremien unterliegen.
- ▶ Das städtische Unternehmenskonstrukt wird vereinfacht und vereinheitlicht.
- ▶ Im Kulturbereich sollen die Aktivitäten der Ruhrgebietsstädte koordiniert werden, um Kirchturmprojekte zu verhindern.
- ▶ Bochum wird das Herz der Metropole Ruhr.

### **Verschmelzung der städtischen Betriebe für Verkehr, Versorgung und Entsorgung**

Durch eine intelligente Verschmelzung der städtischen Betriebe für Verkehr, Versorgung und Entsorgung mit den Betrieben der anderen Städte im Ruhrgebiet können u.a. Hierarchieebenen in der Organisation der Unternehmen eingespart werden.

Z.B. benötigt das Ruhrgebiet eigentlich nur ein zentrales ÖPNV-Unternehmen (wie etwa London Transport für den Großraum London). Entsprechend würde eine Unternehmensleitung ausreichen. In der Realität finanzieren die Ruhrgebietskommunen jedoch bei aktuell 38 Verkehrsunternehmen im VRR auch 38 Geschäftsführungen.

Ebenso würden die aus den Verschmelzungen resultierende Skaleneffekte zu erheblichen Kostensenkungen führen. So kann der gesamte Straßenbahnbedarf zentral beschafft werden, was zu günstigeren Einkaufspreisen führt. Auch die



Reparatur und Instandhaltung von Bahnen und Schienennetz kann einheitlich organisiert werden, was dazu führt, dass überflüssige Mehrfachkapazitäten abgebaut werden können.

Nicht zuletzt würde eine zentrale Organisation des ÖPNV auch für die Menschen im Ruhrgebiet Vorteile bedeuten. Das Nahverkehrsnetz des gesamten Ruhrgebietes soll zentral geplant und organisiert werden. Denn wie sich im Ruhrgebiet zeigt, führt der Betrieb eines Nahverkehrsnetzes durch 38 Betriebe zu großen Reibungsverlusten und leider nicht zu einem leistungsfähigen ÖPNV-Betrieb, der einer Metropole gerecht wird.

### **Aufgabenteilung bei den städtischen Ämtern**

Auch sollte **eine ruhrgebietsweite Aufgabenteilung von diesbezüglich geeigneten Verwaltungstätigkeiten** angestrebt werden. Bestimmte Dienstleistungen sollen an zentraler Stelle für mehrere Kommunen des Ruhrgebietes zusammengefasst und dort für alle oder mehrere Ruhrgebietsstädte gemeinsam übernommen werden. So kann jede einzelne Kommune den Betrieb eines entsprechenden eigenen Amtes einsparen.

### **Betätigungsfelder und Kontrolle der städtischen Betriebe und Ämter**

Voraussetzung für die beschriebene Verschmelzung der städtischen Betriebe wie der Aufgabenteilung bei Verwaltungstätigkeiten ist, dass dabei einige Bedingungen eingehalten werden. Aufgabe der städtischen Betriebe und Ämter ist die Sicherstellung der Daseinsvorsorge für die Bürger der Städte bzw. des Ruhrgebietes. Aufgabe ist dagegen z.B. nicht die Finanzierung von risikobehafteten Investitionsprojekten, mit denen Gewinne erwirtschaftet werden sollen, um die städtischen Kassen zu füllen. So ist es nicht Aufgabe der Stadtwerke, Wasserwerke in Algerien oder Windparks in der Nordsee zu bauen oder die Energiewende beim Steinkohleverstromer (STEAG) zu finanzieren.

Die städtischen Betriebe sollen in die Daseinsvorsorge und u.a. in die Energiewende vor Ort (z.B. in Solaranlagen auf den Dächern des Ruhrgebietes oder intelligente Stromzähler) investieren. Es muss also gewährleistet sein, dass die Betriebe und Verwaltungen in die die städtischen Betriebe und Ämter verschmolzen werden, dieser Zielsetzung gerecht werden.

Die Kontrolle der verschmolzenen wie auch der verbleibenden rein städtischen Betriebe und Verwaltungen soll zukünftig in den Händen der politischen Gremien insbesondere des Rates liegen und soll zukünftig nicht mehr durch elitäre Gremien (Aufsichtsräte u.ä.) erfolgen, die sich im Wesentlichen der politischen Kontrolle entziehen. Die Bürger als Eigentümer bzw. Anteilseigner der städtischen Betriebe und Institutionen sollen vollen Einblick in deren Geschäftstätigkeit haben und die Geschäftsprozesse kritisch

nachvollziehen können. Dazu soll das Informationsfreiheitsgesetz uneingeschränkt auch auf alle Betriebe und Institutionen anwendbar gemacht werden, die sich ganz oder teilweise in städtischem Besitz befinden. **Die Bürger sollen also auch hier das Recht erhalten, jede Information nachzufragen und dazu eine erschöpfende Antwort erhalten.**

Um die Kontrolle der städtischen Institutionen zu vereinfachen und die Vermögensverhältnisse und Geldflüsse zwischen den städtischen Unternehmen sichtbar und nachvollziehbar zu machen, soll zudem das **städtische Unternehmenskonstrukt vereinfacht und vereinheitlicht werden.**

### **Koordination im Kulturbereich**

In ähnlicher Weise sollen die **Aktivitäten und Institutionen im Kulturbereich intelligent mit den entsprechenden Einrichtungen anderer Ruhrgebietstädte koordiniert** werden (u.a. Schauspielhaus, Symphoniker). Kirchturmprojekte sollen für die Zukunft verhindert werden. Im Ruhrgebiet soll es eine einzigartige Kulturlandschaft geben. Bochum solle sich dabei jedoch nicht in Konkurrenz zu den Nachbarstädten sehen. Die Kulturangebote der Städte des Ruhrgebietes müssen sich so ergänzen, dass insgesamt ein einmaliges Angebot entsteht. Dies erfordert eine zentrale Kulturpolitik und einen zentralen Kulturetat der Metropole Ruhr.

### **Bochum wird das Herz der Metropole Ruhr**

Ein wesentlicher Teil der Zukunft unserer Stadt liegt somit in ihrer Funktion als lebendiger Bestandteil der Metropole Ruhr. Die Stadt teilt Infrastrukturaufgaben innerhalb des Ruhrgebietes, verfolgt z.B. gemeinsam mit den anderen Städten des Ruhrgebietes den Aufbau eines ruhrgebietsweiten und leistungsfähigen ÖPNV-Netzes.

Bochum wird das Herz der Metropole Ruhr. Unsere Stadt soll ein lebendiges Zentrum der Metropole Ruhr sein. Bochum soll zukünftig für Bildung und Innovation in der Metropole stehen. Hier trifft sich das Ruhrgebiet in der Nacht. Bochum stellt eines der Kulturzentren der Metropole Ruhr da. All das zusammen führt zu einem entsprechend positiven Lebensgefühl in der Stadt, insbesondere wenn sich die Bevölkerung in Bochum wieder verjüngt und wächst.

- ✓ Intelligente Verschmelzung spart städtische Ausgaben.
- ✓ Verbesserung und Vereinheitlichung der Infrastruktur des Ruhrgebiets durch zentrale Betriebe (z.B. beim ÖPNV).
- ✓ Einzigartige ruhrgebietsweite Kulturlandschaft.
- ✓ Geringere finanzielle Risiken bei städtischen Betrieben.
- ✓ Förderung von Investitionen im Ruhrgebiet.
- ✓ Mehr Identifikation der Bürger mit den Betrieben ihrer Region.
- ✓ Bochum besetzt festen Platz innerhalb der Metropole Ruhr.

## UNSERE STADT WIRD LEBENSWERTER UND JÜNGER

Ein wesentliches Ziel soll sein, den dramatischen Bevölkerungsrückgang zu stoppen und umzukehren. Das bisherige anspruchslose und uninspirierte Ziel der etablierten Politik, sich dem dramatischen Bevölkerungsschwund irgendwie anzupassen, wird ausdrücklich aufgegeben. Um das gesetzte Ziel des Bevölkerungszuwachses zu erreichen, soll eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden:

- ▶ Der dramatische Bevölkerungsrückgang wird gestoppt und umgekehrt.
- ▶ Bochum erhält neue attraktive Wohngebiete.
- ▶ Die Stadtteilzentren werden revitalisiert.
- ▶ Bochum wandelt sich zur familienfreundlichen Stadt.
- ▶ Vernachlässigte Wohngebiete werden durch die Verbesserungen des Wohnumfelds nachhaltig aufgewertet.
- ▶ Bochum wird zur Studentenstadt.

### Stadt der attraktiven Wohngebiete und vitalen Stadtviertel

Damit die Stadt wieder Menschen anzieht, muss sie über **attraktive Wohngebiete** verfügen und die Stadtteilzentren revitalisieren. Wichtiger Baustein dieser **Revitalisierung der Stadtviertel**, soll das Angebot eines attraktiven Schulstandortes in jedem Stadtquartier im Rahmen der Bildungsoffensive sein. Systematisch soll Stadtviertel für Stadtviertel überplant werden. Dabei sollen die Verkehrsbeziehungen überdacht, die Erreichbarkeit mit ÖPNV und Rad optimiert und die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert werden. In den Stadtteilzentren soll das Nahversorgungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Bewohner des Stadtviertels angepasst werden. Jeder Bewohner soll angeregt werden sich im eigenen Stadtviertel zu Fuß oder dem Rad mit den Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen.

### Familienfreundliche Stadt

Wichtiges Ziel der Revitalisierung der Stadtviertel soll auch sein, sicherzustellen, dass jedes Kind seine Grundschule ab der 1. Klasse zu Fuß und ab der 3. Klasse mit dem Fahrrad gefahrlos eigenständig erreichen kann. **Eine Bildungsstadt sollte familienfreundlich sein.** Familienfreundlichkeit wiederum zeichnet sich in den Stadtvierteln besonders durch familienfreundliche Wohngebiete, sichere Schulwege sowie flächendeckende wohnortnahe Angebote für Familien wie Schulen, KITAs, Kindergärten u.a. aus.

Weiterhin ist eine **Initiative zum Angebot von familienfreundlichem Wohnraum** erforderlich, die das erfolglose Wohnbaulandkonzept ersetzt. Zur Ausweisung

modernen Wohnraums, der den heutigen Ansprüchen genügt, soll in Bochum **systematisch Wohnraum erschlossen** werden, Wohnbebauung saniert oder ersetzt werden sowie neue Bebauungsflächen insbesondere für Familien bereit gestellt werden. Um einer ausufernden Bebauung von zusammenhängenden Freiflächen entgegen zu wirken, soll eine gezielte Verdichtung der bestehenden Bebauung vorgezogen werden.

Eine zunehmende Zahl von in Bochum lebende Familien sind für die Zukunft der Stadt wichtig. Dadurch lässt sich wirksam der Überalterung der Stadt entgegen wirken.

### **Wohnen im attraktiven Umfeld**

Weiterhin sind in vielen Vierteln gezielte Maßnahmen der **Wohnumfeldverbesserung** erforderlich. An zahlreichen Orten im Stadtgebiet verhindert bisher z.B. übermäßiger Verkehrslärm Neuansiedlungen und macht die Stadt zum Wohnen unattraktiv. Mit der Straßensanierung im Rahmen des Investitionsprogramms, wird auch das Ziel verfolgt, die Aufenthaltsqualität in den Straßen zu verbessern und den Verkehr neu zu ordnen. Dabei sollen auch durch Anwohner selbst initiierte, finanzierte und mit umgesetzte Vorhaben besonders gefördert werden. So sollen zukünftig Bewohner die Anpflanzung von Bäumen, die Sanierung von Baumscheiben, der Bürgersteige u.ä. Vorhaben unter Begleitung von „Bürgerprojekt-Managern“ der Verwaltung auch selbst übernehmen können.

### **Grüne Stadt**

Bochum und Wattenscheid sind grüne Städte, in denen noch viele Flächen der Natur vorbehalten sind. Diese sollen auch in Zukunft vor Bebauung geschützt werden. Mehr Wert soll auf den Erhalt von Bäumen insbesondere in den Innenstädten gelegt werden.

Gleichzeitig sollen in dicht bebauten Gebieten neue Grünflächen geschaffen werden, um das Stadtklima zu verbessern.

Weiterhin sind umfangreiche Lärminderungsmaßnahmen erforderlich um den Verkehrslärm in den Wohngebieten deutlich zu vermindern. Der Verkehrslärm wertet viele Stadtviertel in Bochum ab. Die Immobilien verlieren an Wert und sind kaum vermietbar. Es finden sich kaum Menschen, die in entsprechenden Lagen wohnen wollen.

## Stadt der Studenten

Ein besonderes Augenmerk sollte auch der **dauerhaften Gewinnung von Studenten als Einwohner der Stadt** geschenkt werden. Bisher kommt der wesentliche Teil der Studenten nach Bochum allein um hier zu Studieren oder das Nachtleben zu genießen, will aber nicht in Bochum wohnen. Weitere Maßnahmen sollten daher besonders darauf gerichtet sein, die Stadt mit auf die Wohnbedürfnisse von Studenten zugeschnittenen Wohnangeboten attraktiver zu machen.

- ✓ Bochum und Wattenscheid werden attraktiver
- ✓ Das Angebot für die Bewohner in den Stadtvierteln verbessert sich
- ✓ Bochum und Wattenscheid werden noch grüner
- ✓ Bochum und Wattenscheid ziehen mehr Menschen an und wird jünger
- ✓ Die städtische Sozialstruktur erreicht ein neues Gleichgewicht
- ✓ Zuwendungen vom Land steigen
- ✓ Mehr Menschen zahlen Steuern und geben ihr Geld in der Stadt aus
- ✓ Einnahmen der Stadt steigen

## UNSERE STADT WIRD ATTRAKTIV FÜR UNTERNEHMEN

Weitere Folge der bisher beschriebenen Maßnahmen ist die **Steigerung der städtischen Einnahmen**. Durch die Erhöhung der Zahl der Bewohner, erhält die Stadt mehr Zuwendungen vom Land. Mehr Bewohner bedeuten aber auch mehr Steuern zahlende Bürger und eine Erhöhung des innerstädtischen Konsums. Durch die Erhöhung des Bildungsniveaus der städtischen Bevölkerung steigt auf Dauer auch das verfügbare Einkommen der Bewohner, was heute in Bochum im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt leider noch unterdurchschnittlich niedrig ist. Höheres Einkommen wiederum führt zu steigenden Ausgaben der Bewohner, was für die Stadt von weiterem Nutzen ist.

In der Folge profitieren von diesen Entwicklungen insbesondere die in der Stadt ansässigen Unternehmen, die wiederum mehr Beschäftigte anstellen können und die Versorgung in der Stadt verbessern können.

- ▶ Die städtischen Einnahmen sollen gesteigert werden.
- ▶ Förderung von Wirtschaft, Unternehmern und Beschäftigte.
- ▶ Schwerpunkt bei der Ansiedlung von kleinen bis mittleren Unternehmen.
- ▶ Aufbau einer einheitlichen und effektiven Institution für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.
- ▶ Anpassung der Gewerbesteuer auf ein leistungsgerechtes Niveau.

### **Förderung von Wirtschaft, Unternehmern und Beschäftigten**

Die dargestellten Maßnahmen allein reichen aber nicht aus. Um die beschriebene Entwicklung weiter zu forcieren, sollte die Stadt weiterhin eine **einheitliche Institution für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing aufbauen**, die ihre Aufgabe insbesondere darin sieht Unternehmen bei einer Ansiedlung in Bochum unbürokratisch, individuell und gezielt zu unterstützen.

Die Wirtschaftsförderung soll mit dem Ziel arbeiten, **den Strukturwandel in Bochum aktiv mitzugestalten** und nicht wie lange Zeit auf ihn nur passiv zu reagieren. Die Wirtschaftsförderung soll aktiv Unternehmen im In- und Ausland ansprechen und für ein Ansiedlung in Bochum gewinnen. Die Wirtschaftsförderung soll insbesondere innovative und zukunftsfähige Unternehmen nach Bochum locken und diese mit den bereits in Bochum ansässigen Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungsinstitutionen vernetzen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf der Ansiedlung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen liegen. Um dieses Ziel zu erreichen soll die Wirtschaftsförderung grundlegend neu ausgerichtet und mit frischem Personal ausgestattet werden, das über hohe Kompetenz in privaten Unternehmen, im Marketing sowie bei Unternehmensansiedlungen verfügt.

**Schwerpunkt bei der Ansiedlung von kleinen bis mittleren Unternehmen**  
**Opel, Outokumpu, Blackberry und Nokia** zeigen, dass sich die Wirtschaftsstruktur in der Stadt stark wandelt. Zukünftig sollte die Stadt nicht mehr derart stark von Großunternehmen abhängig sein und versuchen eine Wirtschaftsstruktur zu schaffen, die auf vielen, insbesondere auch kleinen bis mittleren Unternehmen aufbaut. Der Rückzug der genannten Unternehmen, bietet die Chance entsprechende **innovative und zukunftsfähige Unternehmen anzusiedeln**.

Diese sollten in ein lebendiges Netzwerk eingebaut werden, dass neben den Unternehmen auch die Forschungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt umfasst. Der Aufbau eines solchen vielfältigen Netzwerkes sollte von der Wirtschaftsförderung angestoßen und unterstützt werden. Leider bestehen solche Strukturen bisher nur in Ansätzen.

### **Standortfaktoren verbessern**

Ziel der Wirtschaftsförderung ist es, der Stadt **auf Dauer stabile Gewerbesteuereinnahmen zu sichern, die sich durch die Ansiedlung weiter erhöhen**. Dazu muss der Unternehmensstandort Bochum attraktiv werden. Zu dem positiven Standortfaktor günstiger Gewerbemieten, tritt aufgrund der Bildungsoffensive dauerhaft der Standortvorteil gut bis hoch qualifizierter Beschäftigter hinzu. Dritter, günstiger Standortvorteil soll zukünftig eine vorbildliche Wirtschaftsförderung sein. Vierter Faktor sollten günstige steuerliche Rahmenbedingungen sein. Als fünfter weicher Standortfaktor tritt auf Dauer hinzu, dass Bochum aufgrund der dargestellten Maßnahmen wieder zu einem attraktiven Wohnort wird, der Menschen anzieht. Als sechster Standortvorteil ist das sich wandelnde Image der Stadt zur grundsoliden Bildungsstadt zu nennen.

Auf diese Weise sollte es der Stadt gelingen, vermehrt **Unternehmen dazu zu bewegen, sich in Bochum dauerhaft anzusiedeln**. Dies hat für Bochum höhere Gewerbesteuereinnahmen und mehr Beschäftigte zur Folge, also neben steigenden Steuereinnahmen und Zuwendungen auch sinkende Sozialausgaben. Die Abwärtsentwicklung kann so gestoppt und schließlich umgekehrt werden.

### **Anpassung der Gewerbesteuer auf ein leistungsgerechtes Niveau**

Um die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen weiter zu verbessern, sollte es sinnvoll sein den **Gewerbesteuersatz deutlich unter das Niveau der Nachbarstädte zu senken**. Dadurch kann der Trend gestoppt werden, dass durch die aktuell unverhältnismäßig hohen Gewerbesteuersätze die Unternehmen immer weniger Gewinne in Bochum versteuern und dadurch die Gewerbesteuernahmen anders als eigentlich beabsichtigt insgesamt ab- statt



zunehmen. Die Gewerbesteuersätze sollten in einem angemessenen Verhältnis zum Leistungsvermögen der Stadt gegenüber den Unternehmen stehen. Letztlich kann nur auf diese Weise eine Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen durch mehr Steuern zahlende Unternehmen bei adäquaten Gewerbesteuersätzen erreicht werden.

- ✓ Bochum wird für Unternehmen attraktiver
- ✓ Mehr Unternehmen und deren Beschäftigte siedeln sich an
- ✓ Mehr Menschen finden Arbeit
- ✓ Sozialausgaben sinken
- ✓ Höhere Einkommen
- ✓ Mehr Menschen zahlen Steuern und geben ihr Geld in der Stadt aus
- ✓ Zuwendungen vom Land steigen
- ✓ Einnahmen der Stadt steigen

## WIR FREUEN UNS AUF UNSERE SICH WANDELNDE STADT

Die geplanten Maßnahmen bedeuten für die Menschen in Bochum eine Reihe von tief greifenden Veränderungen. Mit den Veränderungen der Stadt wird sich auch das Selbstverständnis der Menschen wandeln. Der Wandel der Stadt wird nur gelingen, wenn die Bürger die Veränderungen positiv wahrnehmen und als Fortschritt empfinden.

Bochum wird sich von der Industriestadt zur Bildungsstadt wandeln. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt ihre Wurzeln aufgibt, sondern sich weiter entwickelt. Ein Schwerpunkt der Bildungsvermittlung an den Bochumer Universitäten und Hochschulen liegt bereits heute in industriellen Bereichen (Maschinenbau, Produktionswirtschaft u.a.).

- ▶ Die Identität der Menschen mit ihrer Stadt und dem Ruhrgebiet soll sich positiv verändern.
- ▶ Wattenscheid soll einen Autonomiestatus als Stadt in der Stadt erhalten.
- ▶ Stärkung des städtischen Selbstbewusstseins.

Eine Verbesserung des Bildungsniveaus wird insbesondere eine Änderung der Beschäftigungsfelder und Arbeitsplätze zur Folge haben. Heute ist bereits absehbar, dass viele Kinder und Enkelkinder der heute in Bochum beschäftigten Menschen, in Bezug auf ihre Ausbildung und Arbeit nicht die Tradition ihrer Eltern und Großeltern fortsetzen werden können, sie werden einen gänzlich anderen Beruf ausüben müssen, in völlig anderen Unternehmen.

### Wandel und Identität

Wichtig ist, dass die Bürger davon überzeugt werden, dass dieser Wandel für ihre Kinder und Enkelkinder positiv ist und die Voraussetzung dafür darstellt, dass diese in unserer Stadt eine Zukunft haben.

Auch wird sich die **Identität der Menschen weiter entwickeln**, sie werden sich immer stärker als Bewohner der Metropole Ruhr verstehen. In dem Maße wie die Stadt Bochum Aufgaben an eine Ruhrgebietsverwaltung abgibt, verschiebt sich für die Menschen auch die Zugehörigkeit hin zu einer Stadttagglomeration, die nicht nur Bochum, sondern eine ganze Region umfasst.

Die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen der Stadt wird umso wirksamer sein, wie sie sich die Menschen für die Veränderungen interessieren und sich mit den Zielen der neuen Politik identifizieren. Der Wandel der Stadt gelingt umso besser, je mehr sich die Menschen vor Ort in ihren Straßen und den Stadtvierteln engagieren und die Möglichkeiten

wahrnehmen, selbst über die Entwicklung der Stadt mit zu entscheiden wie ihre Wohnumgebung mit zu gestalten.

Aktuell haben leider viele Bürger die Hoffnung aufgegeben selbst Veränderungen bewirken zu können oder daran mitzuwirken diese anzustoßen. Die neue Bochumer Politik wird insbesondere durch die Einführungen des neuen Politikstils alles daran setzen diese desillusionierte Haltung aufzubrechen.

### **Ein eigenständiges Wattenscheid**

Um auch **Wattenscheid bei der zukünftigen Entwicklung** mitzunehmen, ist es notwendig, dass die Wattenscheider motiviert werden aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mit zuwirken und wieder selbst über diese zu bestimmen, anstatt wie bisher die Entscheidungen aus Bochum nur passiv hinzunehmen. Der besonders ausgeprägten Abwärtsentwicklung in Wattenscheid kann nur entgegengewirkt werden, wenn zu allererst die Wattenscheider selbst sich wieder deutlich mehr für ihre Stadt einsetzen. Die Wattenscheider müssen davon überzeugt werden, dass sich ein Engagement für ihre Stadt lohnt.

**Wattenscheid soll einen Autonomiestatus als Stadt in der Stadt erhalten**, der der Stadt insbesondere in Angelegenheiten der Stadtentwicklung deutlich mehr Selbstbestimmung zuspricht. Der Rat der Stadt Bochum sollte zukünftig die Entscheidungen der Bezirksvertretung in entsprechenden Belangen respektieren und die Vertretung Wattenscheids nicht überstimmen. So sollte Wattenscheid beispielsweise auch einen eigenen Gestaltungsbeirat berufen, der für Bauvorhaben in Wattenscheid zuständig ist.

Gleichzeitig sollten Angelegenheiten z.B. der Verwaltung und der städtischen Betriebe, die beide Städte gemeinsam betreffen, weiterhin partnerschaftlich im Bochumer Stadtrat entscheiden werden.

Auf Dauer muss der Eindruck, dass im Bochumer Rat über die Köpfe und gegen den Willen der Wattenscheider entschieden wird, nachhaltig widerlegt werden. Wir sind eine Stadt aus zwei Städten, diese Realität sollten die Bewohner beider Städte anerkennen und ein Miteinander der Städte entwickeln, die allen Bürgern, Bochumern wie Wattenscheidern, gleichermaßen gerecht wird.

Im Rahmen einer Neuorganisation des Ruhrgebietes als eigenständige Verwaltungsregion des Landes NRW, sollte die Stadt Bochum auf eine Verwaltungsreform drängen, die der Besonderheit der zwei Städte in einer Stadt auch rechtlich Rechnung trägt (ggf. z.B. durch die Gründung eines Kreises Bochum).

## **Stärkung des städtischen Selbstbewusstseins**

Nicht zuletzt **brauchen die Menschen in Bochum und Wattenscheid ein neues „Wir“-Gefühl**. Die Bewohner suchen ein neues Selbstbewusstsein. Sie sind es leid sich dafür rechtfertigen zu müssen, warum sie gerne in einer Stadt leben, die außerhalb der Stadtgrenzen durchweg als eine von wenig kompetenten Lokalpolitikern herunter gewirtschafteten Pleitestadt wahrgenommen wird. Viele Bürger haben mittlerweile leider die Hoffnung aufgegeben, dass sich an den seit Jahren verschärfenden Zuständen irgendwann noch etwas ändert. Sarkastisch haben sich die Menschen die Lebenshaltung „Woanders ist auch Scheiße“ zu Eigen gemacht. In ihrer Identifikation mit der Stadt schwingt eine gehörige Portion Trotz mit.

Es ist Zeit zu zeigen, dass wir Bürger von Bochum und Wattenscheid gemeinsam die Abwärtsentwicklung stoppen können und eine Entwicklung in Gang setzen, von der alle Bewohner auf Dauer gleichermaßen profitieren. Es gilt für Bochum einen Weg zu finden, der in eine prosperierende Zukunft weist. Unser Programm: **Bochum wird Bildungsstadt!**

- ▶ Bochumer und Wattenscheider identifizieren sich mit ihrer Stadt
- ▶ Die Bürger unterstützen die Veränderungen in ihrer Stadt
- ▶ Mehr Bürger engagieren sich für ihre Stadt
- ▶ Die Bürger fühlen sich immer mehr auch als Bürger der Metropole Ruhr
- ▶ Bochumer und Wattenscheider freuen sich auf eine sich wandelnde Stadt

Die Entwicklung von Bochum zur Bildungsstadt bedeutet einen riesigen Schritt hin zu Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für die Jugend unserer Stadt. Lassen wir hingegen der jetzigen Abwärtsentwicklung ihren Lauf, bürden wir unseren Kindern und Enkelkindern Millionen von Schulden auf, die sie erdrücken werden.

## DIE STADT BIS SPÄTESTENS 2040 KLIMANEUTRAL MACHEN

Die Stadt muss sich das Ziel setzen bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein. Es müssen schnell Maßnahmen ergriffen werden, damit dieses Ziel sicher und wenn irgend möglich schneller erreicht wird.

Die Position der STADTGESTALTER zu diesem wichtigen Kernthema und was wir tun wollen um das genannte Ziel zu erreichen, erklären wir in folgenden Beiträgen:

Was muss Bochum tun, damit die Stadt bis 2040 klimaneutral ist

<https://die-stadtgestalter.de/2020/06/28/was-muss-bochum-tun-damit-die-stadt-bis-2040-klimaneutral-ist/>

Bochum muss deutlich mehr tun fürs Klima

<https://die-stadtgestalter.de/2019/04/27/bochum-muss-deutlich-mehr-tun-fuers-klima/>

Die Stadtwerke auf Klimakurs bringen

<https://die-stadtgestalter.de/2019/05/12/stadtwerke-muessen-auf-klimakurs-gebracht-werden/>

Klimaschutz, viel Papier, wenig Greifbares

<https://die-stadtgestalter.de/2020/02/09/klimaschutz-viel-papier-wenig-greifbares/>

**Uns Bürgern ist nicht egal, was in unserer Stadt passiert!**

**Wir müssen selbst handeln.**

**Wir gemeinsam können in Bochum und Wattenscheid etwas verändern!**

**Machen Sie mit!**

Wahlprogramm, Fassung 01.08.2020